

Keine Selbstverständlichkeit

RAHMENBEDINGUNGEN Die Wirtschaft braucht wieder eine stärkere Stimme im nationalen Parlament, so Regine Sauter. Eine gute Infrastruktur in Verbindung mit ausgedehnten Freiheiten für die Unternehmen bilden dabei die optimalen Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft.

INTERVIEW STEFFEN KLATT

Die Zürcher Wirtschaft ist robust. Und sie ist innovativ. Die Frankenstärke und die härter werdende Konkurrenz anderer Standorte setzen die Unternehmen allerdings zunehmend unter Druck. Daher braucht es wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, sagt Regine Sauter, Direktorin der Zürcher Handelskammer. Zu den Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode gehören auch die Personenfreizügigkeit mit der EU, die Unternehmenssteuerreform III und die Zukunft der AHV.

Der Grossraum Zürich ist der wichtigste wirtschaftliche Motor der Schweiz. Wie läuft er?

REGINE SAUTER Er läuft noch gut, und es ist erfreulich, wie robust er ist. Die Frankenstärke macht sich aber in verschiedensten Bereichen bemerkbar. Sie betrifft nicht nur die Exportwirtschaft, sondern auch den Finanzsektor. Bei vielen Firmen fallen die Kosten in Franken und die Einnahmen in Euro oder Dollar an.

Wenn man zurückblickt, ist es keine Selbstverständlichkeit, dass es Zürich so gut geht. Wie hat der Finanzplatz die vergangenen Jahre überstanden?

Der Zürcher Finanzplatz hat grosse Umwälzungen hinter sich. Gerade die grossen Banken haben aber ihre Hausaufgaben gemacht. Sie haben ihre Strukturen an die neuen Bedingungen und Vorschriften angepasst und verzeichnen wieder Gewinne. Es ist also davon auszugehen, dass sie wieder Steuern bezahlen. Der Finanzplatz ist wichtig für Zürich. Banken und Versicherungen stellen knapp 10 Prozent der Arbeitsplätze in unserer Region.

Wie läuft die übrige Wirtschaft?

Wir haben vergangenes Jahr eine Studie über die Präzisionsgüterindustrie veröffentlicht.

Es zeigt sich, dass sich diese zu einer der wichtigsten Industriezweige in der Region entwickelt hat. Sie basiert auf der Fähigkeit vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, durch Innovationen schnell neue Produkte auf den Markt zu bringen. Entscheidend ist zudem die Clusterbildung von Firmen aus verwandten Bereichen, denken Sie an den Bio-Technopark Schlieren oder auch an die vielen Spin-offs der ETH.

Gehört die ETH zum wirtschaftlichen Rückgrat der Region?

Die Nähe zu Forschung und Wissenschaft gehört zu unseren wichtigsten Standortfaktoren. Dazu gehören die ETH und die Universität, aber auch die Fachhochschulen. Wenn man Google fragt, warum das Unternehmen mit seinem europäischen Forschungszentrum hierher gekommen ist, dann ist die Nähe zu Forschung und Wissenschaft ein Teil der Antwort. Und damit steht Google nicht allein. Sie können sich aber auch Sensirion in Stäfa anschauen: Das Unternehmen hat als Spin-off der ETH angefangen und hat heute mehrere hundert Mitarbeiter.

Welche Rahmenbedingungen braucht eine innovative Wirtschaft?

Es braucht möglichst wenige Einschränkungen. Dazu gehört ein liberaler Arbeitsmarkt. Vor allem für kleine Unternehmen ist das von grosser Bedeutung, denn diese müssen besonders flexibel sein. Bei uns ist das noch der Fall, und es ist wichtig, hier den Bestrebungen aus Gewerkschaftskreisen, den Arbeitsmarkt stärker zu regulieren, entschieden entgegen zu treten. Auch eine gute Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor – die haben wir. Mit dem Flughafen ist man in Europa aber auch interkontinental gut angebunden – ein wichtiges Argument für viele Unternehmen mit internationalen Standorten. Es braucht aber auch insgesamt

eine gute Innovationsfähigkeit; eine besondere Stärke Zürichs und der Schweiz.

Braucht Innovation die Hilfestellung der öffentlichen Hand?

Nehmen Sie den Innovationspark Dübendorf: Ich bin überzeugt, dass er eine grosse Chance für unsere Region ist. Dem Staat kommt da die Rolle eines «Ermöglichers» zu. Er stellt den Rahmen bereit, in dem sich Forschung und Unternehmen treffen können und die nötige Infrastruktur. Der Staat kann und soll aber Innovation nicht verordnen und das ist auch nicht nötig, denn das Interesse von privaten Unternehmen ist vorhanden. Es gibt allerdings Bereiche, wo wir aufpassen müssen, dass wir den Anschluss nicht verpassen, so zum Beispiel in der Fintech. London und Singapur sind hier führend, in Zürich scheint man die Entwicklung noch zu wenig ernst zu nehmen. Die Zürcher Handelskammer und der Zürcher Bankenverband koordinieren hier ein Projekt, welches die entsprechenden Aktivitäten bündeln soll.

Sie sind die Interessenvertreterin der ganzen Wirtschaft: Was brennt den Unternehmen besonders unter den Fingern, abgesehen von der Frankenstärke?

Der Fachkräftemangel ist ein grosses Thema: Woher bekommen wir die Leute, damit wir innovativ sein können? Es fehlen tausende Informatiker, denn die Digitalisierung betrifft die ganze Wirtschaft. Aber noch immer ist die kaufmännische Lehre am beliebtesten. Man kann im eigenen Land ausbilden, das ist auch richtig und wichtig. Aber wahrscheinlich wird das nicht reichen. Deswegen ist auch die Personenfreizügigkeit mit der EU für die Unternehmen so wichtig.

Wo sehen Sie die Lösung für die Freizügigkeit nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative?

Den Vorschlag von economistesuisse halte ich für gut: Grundsätzlich soll die Freizügigkeit



Beispiel Innovationspark Dübendorf: Dem Staat kommt die Rolle eines «Ermöglichers» zu: Er stellt die nötige Infrastruktur und den Rahmen bereit, in dem sich Forschung und Unternehmen treffen können.

Foto: Hosoya Schaefer Architects



ZUR PERSON

Dr. Regine Sauter, Jahrgang 1966, ist seit 2012 Direktorin der Zürcher Handelskammer, die Interessenvertreterin der Wirtschaft in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Zug. Die FDP-Politikerin ist seit 2004 Mitglied des Zürcher Kantonsrates und kandidiert nun für den Nationalrat. Sie hat an der Universität St.Gallen Staatswissenschaften studiert und dort auch promoviert.

Foto: zvg

beibehalten werden, aber wenn ein bestimmtes Mass von Zuwanderung überschritten ist, tritt eine Schutzklausel in Kraft. Man muss sich bewusst sein, dass an der Freizügigkeit auch die anderen bilateralen Abkommen mit der EU hängen. Die Zürcher Wirtschaft ist von allen diesen Abkommen betroffen, sei es das Flugverkehrsabkommen, sei es die Forschung, seien es die Handelshemmnisse.

Die Wirtschaft beklagt oft ein Übermass an Bürokratie. Zu recht?

In Zeiten der Frankenstärke sind alle Kosten wichtig, die man reduzieren kann. Und administrative Auflagen kosten letztlich Geld, etwa die Abrechnung der Mehrwertsteuer oder die Auflagen zur Sicherheit.

Wie sieht es bei der Steuer aus?

Verglichen mit dem Ausland ist das Steuerniveau in Ordnung. Im Vergleich mit anderen Kantonen ist Zürich bei der Unternehmensbesteuerung jedoch im Hintertreffen. Wir sind da im letzten Viertel. Luzern etwa hat die Unternehmenssteuern massiv gesenkt. Eine der wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit ist die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III. Und das muss schnell passieren, denn die Unternehmen müssen wissen, was auf sie zukommt. Jede Unsicherheit ist schädlich für den Wirtschafts-

standort. Die Schweiz muss auch steuerlich attraktiv für Unternehmen bleiben.

Zu den grossen Paketen der nächsten vier Jahre gehört auch die nächste AHV-Revision. Was muss dabei erreicht werden?

Es muss gelingen, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Bei der Einführung der AHV haben sechs Personen im Arbeitsalter für eine im Rentenalter eingezahlt. Heute arbeiten gut drei Personen für eine im Rentenalter. Wenn die AHV weiter so ausgestaltet bleibt wie heute, dann können wir sie nicht finanzieren. Es braucht dafür Strukturformen, so auch eine Angleichung des Rentenalters bei Männern und Frauen.

Warum wollen Sie vom Kantonsrat in den Nationalrat wechseln?

Ich bin jetzt seit elf Jahren im Kantonsrat und möchte gern die Erfahrung, die ich dabei gewonnen habe, auf der nationalen Ebene einbringen und dort den Anliegen der Wirtschaft besser zum Durchbruch verhelfen. Die Wirtschaft braucht eine stärkere Stimme in der Politik; es braucht mehr Leute im Parlament, die Verständnis dafür haben, wie die Wirtschaft funktioniert. Wachstum und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeit. Man muss dazu Sorge tragen, auch auf pp politischer Ebene.